

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

**Kurz kommentiert: Arbeitslosenversicherung -
Arbeitsmarkt - Energiepolitik - EG-Stahlindustrie - USA**

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1984) : Kurz kommentiert: Arbeitslosenversicherung - Arbeitsmarkt - Energiepolitik - EG-Stahlindustrie - USA, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 64, Iss. 2, pp. 57-58

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/135886>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Arbeitslosenversicherung

Günstigere finanzielle Entwicklung

Die finanzielle Situation bei der Bundesanstalt für Arbeit hat sich günstiger entwickelt als ursprünglich erwartet worden war. Für 1983 war mit einem Defizit und einem entsprechenden Bundeszuschuß in Höhe von 5,4 Mrd. DM gerechnet worden. Tatsächlich belief sich das Defizit aber nur auf 1,6 Mrd. DM; die monatlichen Abrechnungsergebnisse weisen seit Mitte vergangenen Jahres Einnahmenüberschüsse aus. Diese Entwicklung ist zum Teil durch die Konsolidierungsmaßnahmen bei der Arbeitslosenversicherung bedingt, die Ausgabenkürzungen, aber auch Beitragserhöhungen umfaßten. Darüber hinaus fiel der Anstieg der Arbeitslosenzahlen und insbesondere der Anteil der Empfänger von Arbeitslosengeld geringer aus als erwartet. Anstelle des im Haushalt für 1984 ausgewiesenen Defizits von 1,7 Mrd. DM dürfte für das laufende Jahr eher ein Einnahmenüberschuß in einer Größenordnung von 3 Mrd. DM zu erwarten sein.

Die günstigere finanzielle Entwicklung bei der Bundesanstalt für Arbeit wird Anlaß zu der Forderung sein, im Rahmen eines stärkeren Einsatzes arbeitsmarktpolitischer Instrumente Mehrausgaben zu leisten. Dabei besteht die Gefahr, daß zusätzliche Mittel für Maßnahmen, wie z. B. Arbeitsbeschaffungsprogramme, bereitgestellt werden, die eher den Charakter von Symptomkuren haben und keinen Beitrag zur Sicherung und Schaffung wettbewerbsfähiger Arbeitsplätze leisten. Derartige Mehrausgaben widersprechen einer Finanzpolitik, die durch eine Begrenzung der Staatsausgaben die Dynamik des privaten Sektors und damit Wachstum und dauerhafte Beschäftigung fördern will. Konsequenter wäre es vielmehr, die Beitragssätze zur Arbeitslosenversicherung zu senken.

Arbeitsmarkt

Zweifelhafte Überstundenregelung

Dem Ruf nach einer stärkeren Flexibilisierung des Arbeitsmarktes folgend hat Arbeitsminister Blüm ein Diskussionspapier vorgelegt, in dem er einen Katalog von Änderungsvorschlägen unterbreitet, die zu einer Lockerung arbeitsrechtlicher Normen führen und die Ein-

schleusung von Arbeitslosen in den Arbeitsprozeß erleichtern sollen. Zu den „Entspannungsvorschlägen“, die zum 1. 1. 1985 als Gesetz in Kraft treten sollen, gehört unter anderem, daß nur noch zwei Überstunden pro Woche bezahlt werden und der Rest als Freizeit abgegolten wird. Ausnahmeregelungen, z. B. für Führungspositionen, sind vorgesehen.

Daß diese Regelung tatsächlich den gewünschten Effekt haben und zu Einstellungen von Arbeitslosen führen wird, ist allerdings zu bezweifeln. Die durchschnittlichen Mehrarbeitsstunden betragen für einen Arbeiter der Industrie gegenwärtig etwa zwei Stunden; nur in einzelnen Branchen (Steine und Erden, Kunststoffindustrie) liegt die Zahl der Überstunden weit über diesem Durchschnitt. Insofern scheint die gesamtwirtschaftliche Auswirkung der geplanten Regelung von nicht allzu großer Bedeutung. Es ist zwar richtig, daß die Unternehmen erfahrungsgemäß zu Beginn eines konjunkturellen Aufschwungs mit Neueinstellungen zögern. Ob man sie allerdings durch eine Begrenzung der Überstundenzahl dazu bewegen kann, bereits zu einem früheren Zeitpunkt zusätzliche Arbeitskräfte einzustellen, bleibt ungewiß, da die Unternehmen über weitere Maßnahmen – z. B. Ausschöpfung von Produktivitätsreserven und Verlängerung von Lieferfristen – verfügen, um ihre Produktion auszuweiten.

dw

Energiepolitik

Positives Bild mit Schönheitsfehlern

Die Bundesregierung hat den Jahreswirtschaftsbericht zum Anlaß genommen, ihre Energiepolitik zu würdigen. Sie kommt unter Verweis auf die bisherige Entwicklung zum Ergebnis, daß die Politik „richtig angesetzt ist und wirkt“. Gewirkt haben allerdings weniger energiepolitische Maßnahmen, sondern vor allem die Marktkräfte. Das gute Zeugnis, das sich auch frühere Regierungen anläßlich der Fortschreibungen des Energieprogramms immer wieder ausgestellt haben, ließe sich denn auch vor allem damit rechtfertigen, daß es in der Bundesrepublik zumindest beim Öl kaum staatliche Eingriffe in das Marktgeschehen gibt. Dadurch hat die Preiserhöhung auf den Weltmärkten ohne Verzug Reaktionen der Verbraucher zur Einsparung von Energie und vor allem „weg vom Öl“ in Gang gesetzt. Wieweit die Marktsignale die strukturelle Anpassung an die veränderten Bedin-

gungen auf den Weltenergiemärkten vorgebracht haben, wird sich endgültig allerdings erst bei nachhaltigem Wirtschaftswachstum zeigen.

Das positive Bild der Energiesituation in der Bundesrepublik – ob nun mehr von der Politik oder mehr vom Markt gemalt – hat allerdings einen Schönheitsfehler. Es wird nicht zuletzt darin deutlich, daß reichlich die Hälfte des energiepolitischen Berichts von der Kohle handelt. Zwar bekräftigt die Regierung auch hier, daß sie an der bisherigen Politik festhält, und verwirft Änderungsvorschläge des Sachverständigenrats, weil sie „einen nicht vertretbaren Schrumpfungsprozeß des deutschen Steinkohlenbergbaus einleiten“ würden. Doch wird es angesichts der hohen Kohlelasten für die strapazierten Staatsfinanzen und der zunehmenden Kritik am Jahrhundertvertrag aus den Reihen der Abnehmer immer schwerer werden, die bisherige Kohlepolitik durchzuhalten. Bis zur Wahl in Nordrhein-Westfalen im nächsten Jahr dürfte indes noch alles beim alten bleiben. ma

EG-Stahlindustrie

Krisensystem verlängert

Die Ende Januar beschlossene Verlängerung des EG-Stahlkrisensystems bis zum 31. Dezember 1985 konnte kaum überraschen: Die nicht zuletzt unter deutschem Druck kurz zuvor zustande gekommene Einigung über Überwachungs- und Sanktionsmittel, die ein „Unterlaufen“ des Krisenmanagements verhindern sollen, hatte bereits eine solche Entwicklung signalisiert.

Einzig Italien legte sich anfangs quer, indem es seine Zustimmung zur Verlängerung vom Erhalt einer zusätzlichen Produktionsquote von 1,2 Mill. t abhängig zu machen suchte. Diese massive Sonderforderung war letztlich auch die Folge einer bis in die jüngste Zeit hinein verfehlten Investitionspolitik der staatlichen italienischen Stahlunternehmen. So wurde, ohne daß Kapazitätsbedarf bestand, das seit Ende 1982 stillliegende Stahlwerk Bagnoli (Neapel) mit einem Kostenaufwand von rund 1,3 Mrd. DM vollständig modernisiert. An weiteren Beispielen für Fehlinvestitionen fehlt es nicht. Die staatliche italienische Stahlindustrie mit ihrer bisherigen Quasi-Beschäftigungsgarantie ist dabei einer der stärksten Subventionsempfänger in der EG.

Angesichts dieser Konstellation hatte Italien relativ schlechte Karten für seinen Produktionsquotenpoker und konnte nicht auf großes Entgegenkommen bei den selbst stark in Schwierigkeiten steckenden Konkurrenz-

ländern hoffen. Diese Erkenntnis setzte sich bei den Italienern schließlich auch durch: Sie reduzierten ihre Forderung grundsätzlich auf etwa ein Drittel, wobei eine Einigung erst in künftigen Verhandlungen erreicht werden muß. Wäre Italien zum „Buhmann“ in der Frage des gemeinsamen Stahlmarktes geworden, hätte das seine Position auch in anderen Bereichen sicherlich geschwächt. kr

USA

Haushaltskonsolidierung vertagt

Anfang Februar legte der amerikanische Präsident den Jahreswirtschaftsbericht vor, in dem das wirtschaftspolitische Konzept der Regierung niedergelegt ist. Es wird nachdrücklich darauf hingewiesen, daß allein der Abbau des gewaltigen Haushaltsdefizits ein angemessenes Mittel zur Senkung von realem Zinsniveau und Dollarkurs darstelle. Je länger damit gewartet werde, um so größer würden die Risiken für die künftige Wirtschaftsentwicklung.

Von dieser Besorgnis ist jedoch im fast gleichzeitig veröffentlichten Haushaltsentwurf der Regierung für 1985 kaum etwas zu spüren. Er sieht einerseits weiterhin beträchtlich steigende Verteidigungsaufwendungen, andererseits aber nur noch minimale Kürzungen von Sozialleistungen vor. Von den im letzten Jahr angekündigten Steuererhöhungen im Falle anhaltend hoher Defizite ist nicht mehr die Rede. Die Budgetvorlage weist denn auch einen kaum verringerten Fehlbetrag von 180 Mrd. \$ auf. Dabei wird unterstellt, daß die amerikanische Wirtschaft 1985 weiterhin kräftig expandiert, die Inflation sich nicht beschleunigt sowie die Zinsen etwas nachgeben – und dies alles bei unvermindert hohem staatlichen Kreditbedarf.

Statt konkrete Konsolidierungsvorschläge zu machen, schlägt Präsident Reagan dem Kongreß Gespräche über Einsparungen in den nächsten Jahren vor und sucht damit die Verantwortung teilweise an den politischen Gegner zu „delegieren“. Wegen der nahezu entgegengesetzten Vorstellungen in bezug auf notwendige Steuererhöhungen sowie die angemessene Höhe von Sozial- und Verteidigungsaufwendungen sind von diesem Schritt kaum Resultate zu erwarten. Die Inangriffnahme der Haushaltskonsolidierung ist so einmal mehr wahltaktischen Überlegungen geopfert und trotz aller damit verbundenen Risiken für die Wirtschaftsentwicklung mindestens um ein weiteres Jahr vertagt worden. ku